CDU-Landesverband • Am Wall 135 • 28195 Bremen

LSVD
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
Landesverband Niedersachsen - Bremen

Bremen, April 2015

Sehr geehrter Herr Rottmann,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2015, die ich als Spitzenkandidatin der CDU Bremen hiermit gerne beantworten möchte:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Partner_innen vereinfacht und die Adoptionspflegezeit soweit wie möglich verkürzt wird?

Der in der Verfassungsordnung in Art. 6 des Grundgesetzes garantierte besondere Schutz von Ehe und Familie erlaubt nach unserer Rechtsauffassung nach wie vor eine Differenzierung zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft. Dies gilt insbesondere auch für das Adoptionsrecht.

Für uns hat auch das Wohl des Kindes immer die höchste Priorität. Für die CDU Bremen steht deshalb die intensive Prüfung jeder Einzelfallentscheidung bei einer Adoption außer Frage.

2.1 Wie wollen Sie die Unterstützungsmöglichkeiten der Schulen im Umgang mit LSBTI-Kindern und Jugendlichen fördern?

Im Rahmen der schulischen Sexualerziehung, die ab der Grundschule ein fester Bestandteil in den Lehrplänen unserer Schulen ist, wird den Schülerinnen und Schülern Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern vermittelt, die aus unserer Sicht elementare Grundlage für ein gedeihliches Miteinander in unseren Schulen ist. Die schulische Sexualerziehung fungiert damit als ein wichtiges Korrektiv zur Darstellung der Sexualität in den Medien. Als CDU Bremen steht für uns hierbei fest, dass die Schule die Sexualerziehung in den Familien nur ergänzt. Sexuelle Orientierung ist ein Teil der persönlichen Freiheit und Verantwortung, aber auch ein Lebensbereich, der vor allen Dingen der Privatsphäre eines jeden Menschen zuzurechnen ist. Aufgabe der Schule ist es nach unserer Auffassung insbesondere, aufzuklären und nützliche Informationen bereitzuhalten: Das gilt für grundlegende Kenntnisse über Sexualität, die Vermeidung von Gefahren und Gefährdungen durch ungefilterte Darstellungen in den digitalen

Am Wall 135
28195 Bremen
Telefon 0421 308940
Telefax 0421 3089433

Bankhaus Neelmeyer
BLZ: 290 200 00
Kto.-Nr.: 313

info@cdu-bremen.de
www.cdu-bremen.de

Medien. Dabei sollte jedoch die Wirksamkeit der schulischen Thematisierung von Sexualität nicht überschätzt werden. Für den schulischen Unterricht spricht, dass er alle erreicht. Abgesehen davon können sich die Jugendlichen neben der Schule selbst informieren. Es gibt zahllose, auch anonyme Beratungsstellen und sehr gute Ratgeber, die das Thema in seiner ganzen Breite darstellen.

2.2 Wie wollen Sie LSBTI-Lehrkräfte zu einem offenen Umgang mit ihrer Lebensweise ermutigen?

Das in der Bremer Landesverfassung verankerte Toleranzgebot stellt aus Sicht der CDU einen zentralen Eckpfeiler unserer bildungspolitischen Grundüberzeugung dar, auf welchem das tägliche Miteinander in den Schulen im Land Bremen gründet. Zu jedem Zeitpunkt ist in unseren Schulen dafür Sorge zu tragen, dass sowohl auf die Lebensweise und sexuelle Orientierung als auch auf die religiösen und weltanschaulichen Empfindungen aller Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler umfassend Rücksicht genommen wird. Von dieser Grundüberzeugung werden wir nicht abweichen und daher auch zukünftig unsere politische Kraft darauf verwenden, dass Toleranz, Gleichheit und Freiheit immer die zentralen Bestandteile bleiben, die wir in unseren Schulen vorleben und welche wir den jungen Menschen dort vermitteln.

2.3. Wie wollen Sie die Träger der Jugendhilfe und Jugendarbeit (u.a. Sportverbände) bei der Sensibilisierung für LSBTI-Feindlichkeit unterstützen und fördern?

Toleranz gegenüber LSBTI-Jugendlichen wird auch in der Kinder- und Jugendhilfe und in den Sportverbänden/-vereinen schon heute thematisiert. Insbesondere der Sport lebt davon Werte wie Fairplay, Toleranz, sozialer Umgang und Gerechtigkeit zu vermitteln. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Landessportbundes, die Sportvereine und Fangruppierungen z.B. durch spezielle Sensibilisierung von Übungsleitern im Rahmen von Aus- und Fortbildungen auf ein tolerantes Miteinander hinzuwirken.

3. Wie wollen Sie zukünftig Flüchtlinge unterstützen, die wegen ihrer sexuellen Identität aus ihrem Heimatland flüchten mussten? Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge in Heimen und anderen Einrichtungen von homophoben Übergriffen geschützt werden? Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, um dem Thema Mehrfachdiskriminierung wirkungsvoll in Bremen zu begegnen?

Die CDU Bremen wirbt für Toleranz und wendet sich gegen homophobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung. Für die CDU ist es selbstverständlich, dass auch allen öffentlichen Einrichtungen gegen jegliche Form von Diskriminierung entschlossen vorgegangen wird. Das gilt auch für Flüchtlingseinrichtungen. In der Integrationsarbeit wird die Situation von LESBIT Migrantinnen und Migranten wenig thematisiert. Besonders schwierig ist sicher die Situation für Heranwachsende mit muslimischem Migrationshintergrund, wie aktuelle Studien gezeigt haben. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dieses Problem im Rahmen einer öffentlichen Debatte aufzugreifen. Hier sind insbesondere auch die Migrantenverbände in der Pflicht, gegen homophobe Tendenzen vorzugehen und für Toleranz und die Anerkennung der gleichen Rechte von LSBIT zu werben.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Vereine „Rat & Tat“ und „Belladonna“ auch zukünftig eine langfristige und nachhaltige Förderung bekommen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der vor kurzem vorgestellte Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie in Bremen eine langfristige und solide Finanzierung bekommt und in regelmäßigen Abständen auf seine Durchsetzung hin evaluiert wird?

Über die Finanzierung von Zuwendungsempfängern entscheidet das Parlament als Haushaltsgesetzgeber im Zuge der nächsten Haushaltsaufstellungen. Zuwendungen werden für alle Zuwendungsempfänger jeweils für die Dauer der aktuellen Haushaltsgesetzgebung gewährt. Die CDU Bürgerschafsfraktion hat die Finanzierung von Belladonna und dem „Rat und Tat“ Zentrum als wichtige Beratungsinstitutionen bisher immer unterstützt. Auch für den Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie, den die CDU Bremen nicht in allen Passagen uneingeschränkt für zustimmungsfähig hält, muss eine bedarfsgerechte Finanzierung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen festgelegt und seine Umsetzung selbstverständlich regelmäßig evaluiert werden.

5.1. Wollen Sie sich auf Bundesebene für die Öffnung der Ehe für Menschen des gleichen Geschlechts einsetzen?

Die CDU Bremen hat das Gesetz zur steuerlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften unterstützt. Der in der Verfassungsordnung in Art. 6 des Grundgesetzes garantierte besondere Schutz von Ehe und Familie erlaubt nach unserer Rechtsauffassung aber nach wie vor eine Differenzierung zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft. Eine Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts lehnen wir als CDU Bremen ab.

5.2. Werden Sie sich im Bundesrat für die Ergänzung von Artikel 3 des Grundge setzes um das Merkmal der sexuellen Identität einsetzen?

Die Gleichbehandlung aller Menschen ist allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Grundgesetz festgeschrieben und wird in vielen Einzelgesetzen und –normen, so dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für die verschiedenen Rechtsbeziehungen konkretisiert. Für eine explizite Festschreibung der sexuellen Identität als Diskriminierungsmerkmal in Art. 3 Absatz 3 GG besteht daher kein Bedarf. Darüber hinaus würde sich die Rechtslage z.B. für Homosexuelle durch eine solche Festschreibung nicht ändern oder verbessern. Eine solche Ergänzung des Grundgesetzes wäre damit reine Symbolpolitik - dies lehnt die CDU Bremen ab.

5.3. Werden Sie sich im Bundesrat für ein gemeinsames Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare einsetzen?

Der in der Verfassungsordnung in Art. 6 des Grundgesetzes garantierte besondere Schutz von Ehe und Familie erlaubt nach unserer Rechtsauffassung nach wie vor eine Differenzierung zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft. Dies gilt insbesondere für das Adoptionsrecht. Das Wohl des Kindes hat für uns die höchste Priorität. Mit Recht wird in vielen gesellschaftlichen Bereichen darauf hingewiesen, wie wichtig der Einfluss beider verschiedengeschlechtlicher Elternteile für die Entwicklung der Kinder ist. Daher sollte sehr sorgfältig geprüft werden, welche Form des Zusammenlebens für die Kinder das Beste ist. Wir wollen hier eine sorgfältige gesamtgesellschaftliche Diskussion, die sich an Fakten und vor allem am Kindeswohl orientiert, führen.

Am Wall 135
28195 Bremen
Telefon 0421 308940
Telefax 0421 3089433

Bankhaus Neelmeyer
BLZ: 290 200 00
Kto.-Nr.: 313

info@cdu-bremen.de
www.cdu-bremen.de

5.4. Werden Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die zwischen 1949 und 1969 nach dem § 175 StGB verurteilten Homosexuellen entschädigt und rehabilitiert werden?

Aus heutiger Sicht ist es ohne Zweifel, dass die strafrechtliche Verfolgung einvernehmlicher sexueller Handlungen Homosexueller mit dem freiheitlichen Menschenbild des Grundgesetzes und der CDU Bremen unvereinbar ist. Die seinerzeit erlassenen Urteile stoßen heute zu Recht auf Unverständnis und Ablehnung. In einer von allen Fraktionen getragenen Resolution entschuldigte sich die Bremische Bürgerschaft deshalb im Oktober 2014 für das erlittene Unrecht. Die CDU Bürgerschafsfraktion stellte darüber hinaus den Antrag einen Entschädigungsfonds einzurichten, dem die anderen Fraktionen zustimmten.

6. Beabsichtigen Sie, innerhalb der bestehenden internationalen Beziehungen Bremens für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt für LSBTI zu werben? Wenn ja, wie?

Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie sind Ausdruck der unantastbaren Würde des Menschen. Auf dieser Grundüberzeugung müssen selbstverständlich auch die Außenbeziehungen der Hansestadt Bremen basieren. Die Tatsache, dass in vielen Regionen der Erde Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtszugehörigkeit verfolgt und diskriminiert werden, muss insbesondere in die Menschenrechtsarbeit der Hansestadt Bremen einfließen.

Mit freundlichen Grüßen

E. Motschmann

Elisabeth Motschmann MdB
stellv. Landesvorsitzende
und Spitzenkandidatin

Am Wall 135
28195 Bremen
Telefon 0421 308940
Telefax 0421 3089433

Bankhaus Neelmeyer
BLZ: 290 200 00
Kto.-Nr.: 313

info@cdu-bremen.de
www.cdu-bremen.de